

Bericht des Amtsdirektors zur Sitzung des Amtsausschusses am 23. Juni 2020

- Die Corona-Krise hat vieles verändert. In den letzten Monaten haben die meisten Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens stillgestanden. Wir haben uns damit beschäftigen müssen, diese besondere Zeit zu organisieren. Alle Abteilungen des Amtes hatten damit zu tun. Zahlreiche Anrufe und E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern, sehr intensiv auch von Zweitwohnsitzinhabern und anderen Gästen oder von Gewerbetreibenden, waren zu beantworten. Entscheidungen von kommunalen Gremien waren teilweise zu verschieben, teilweise waren aber auch Lösungen außerhalb der offiziellen Gremienarbeit zu organisieren. Kindergärten und Schulen hatten lange Zeit geschlossen, mussten aber einen Notbetrieb sicherstellen. Dies wurde gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dem Kreis, den Einrichtungen, dem dortigen Personal und den Eltern organisiert. Der Landrat hat uns in die Überwachung der Maßnahmeneinhaltung nach den Landesverordnungen und den Kreisverfügungen eingebunden. Daneben war in vielen Bereichen die „normale“ Arbeit aber auch nicht stehen geblieben. Insgesamt kam es von einem auf den anderen Tag immer wieder zu neuen Situationen, mit denen wir sowohl in der Sache als auch personell umgehen mussten. Die Dynamik der Geschehnisse erlaubte auch nicht, vorherzusehen, wie sich die jeweils nächsten Tage, Wochen oder Monate entwickeln würden. Dies gilt wohl auch heute noch für die nächsten Jahre.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass sie besonnen aber engagiert mit der Situation umgegangen sind und ich bedanke mich beim Ehrenamt für ihr unterschiedlichstes Engagement in ihren Gemeinden.

- Die OstseefjordSchlei gGmbH wird ab nächster Woche mit 25 Plakaten für „Abstand halten“ werben. Es ist ein nett gemeintes aufmerksam machen, verbunden mit einer Werbung für unsere Region (mit Abstand), welche wir gemeinsam mit dem Kreis Schleswig-Flensburg und den dortigen Ämtern von der dänischen Grenze bis Borgwedel umsetzen. Ich halte diesen positiv formulierten Hinweis als sehr hilfreich in der aktuellen Situation.
- Die AktivRegion fördert diverse Kleinprojekte in unserem Amt. So erhält Holzdorf 2 Rastplätze für 17.300 €, Gammelby gestaltet einen Dorfplatz auf dem alten Schulgelände für 19.800 € Barkelsby errichtet einen öffentlich zugänglichen Naturgarten für die Schule und den Kindergarten für 19.700 € und der Naturerlebnishof Helle plant eine E-Bike-Ladestation und verschiedene Outdoorspielbereiche für 19.000 €. Insgesamt fließen für diese Maßnahmen gut 60.000 € Förderung.

Außerdem erhält die Gemeinde Damp für die Erstellung eines Wanderwegeplanes für 15 Rad- und Wanderwegerouten von 2 bis 50 km auf die Kosten von ca. 18.000 € einen Zuschuss von gut 8.000 € aus dem Grundbudget der AktivRegion.

- Für die Vergabe der Breitbandbauleistungen in den neuen BZV-Gemeinden und im Außenbereich finden derzeit diverse Bietergespräche statt. Eine Vergabeentscheidung wird im Juli angestrebt.
- Die Tiefbauarbeiten für die Installation einer E-Ladesäule am Amtsgebäude in Eckernförde sind nahezu abgeschlossen. Die Installation und Inbetriebnahme der Ladesäule soll noch im Sommer erfolgen. Die Gemeinde Damp beabsichtigt auf dem Parkplatz der Amtsaußenstelle in Vogelsang-Grünholz ebenfalls eine Ladesäule errichten zu lassen.
- Ein Großteil der Gremien soll noch in diesem Jahr auf den digitalen Sitzungsdienst umstellen. Die Ausschreibung der Geräte startet demnächst.
- Der Hauptausschuss hatte mich beauftragt, beim Landrat nachzufragen, wann die Notaufnahme und die Geburtenstation in Eckernförde wieder in Betrieb gehen. Die Antwort habe ich den Amtsausschussmitgliedern bereits übermittelt. Danach sollen die Betriebsaufnahmen am 01.07. (Notaufnahme) und 01.08. (Geburtsstation) erfolgen.
- Der Landtag hat die Umsetzung des Kindertagesförderungsgesetzes wegen „Corona“ teilweise vom 01.08.2020 auf den 01.01.2021 verschoben. Gleichwohl laufen derzeit die entsprechenden Vorbereitungen (Erhöhung des Personalschlüssels, Anpassung der Elternbeiträge, Verhandlungen mit Trägern u. ä.).
- Der Landtag hat das Badesicherheitsgesetz verabschiedet. Es soll mit der noch folgenden Verordnung mehr Klarheit hinsichtlich der Verkehrssicherungspflichten an Badestellen schaffen.
- Der Entwurf der Landesregierung zur Anpassung des kommunalen Finanzausgleiches weicht deutlich vom hierfür erstellten Gutachten ab. Während die Gutachter eine Verschiebung der Finanzmittel im hohen zweistelligen Millionenbereich von den zentralen Orten zu den Kreisen und nicht zentralen Orten (also auch zu unseren Gemeinden) für erforderlich gehalten haben, kommt die Landesregierung in ihrem Entwurf zu einem Ergebnis, welches die zentralen Orte zu Lasten nicht zentraler Orte schont.

Da wir uns bei der Thematik nicht nur auf unseren Spitzenverband berufen können, da er auch den Großteil der zentralen Orte zu vertreten hat, haben wir uns mit 11 Ämtern und 110 Gemeinden zusammengeschlossen und über den Fachanwalt für Verwaltungsrecht Prof. Dr. Matthias Dombert eine eigene Stellungnahme abgegeben.